

## **Dienstvorschrift über die Geltendmachung und Veränderung von Ansprüchen, Vertragsänderungen und Vergleichsabschlüsse nach §§ 37, 61 und 62 LHO**

### **1. Allgemeines**

- 1.1. Diese Dienstvorschrift (DV) gilt für alle Bereiche der Sozialbehörde einschließlich des Landesbetriebs Erziehung und Beratung (LEB). Vom Anwendungsbereich dieser DV ausgenommen ist das Jobcenter team.arbeit.hamburg (t.a.h). Dies gilt bis auf die Berichtspflicht in Ziff. 2.5 auch für das Sondervermögen Ausgleichsabgabe (SOV AGLA).
- 1.2. Über die Geltendmachung und Veränderung von Ansprüchen, Vertragsänderungen und Vergleichsabschlüssen entscheidet die jeweilige mittelbewirtschaftende Stelle entsprechend den Regelungen der Verwaltungsvorschrift (VV) zu den §§ 37, 61 und 62 der Landeshaushaltsordnung (LHO)<sup>1</sup> und § 21 Gebührengesetz<sup>2</sup> sowie den Wertgrenzenregelungen der Anlage 1<sup>3</sup>.
- 1.3. Soweit bei Anwendungsfällen des LEB eine Beteiligung der Finanzbehörde vorgeschrieben ist, sind entsprechende Vorlagen über Z 4 (Haushalt und Betriebswirtschaft) an die Beauftragte bzw. den Beauftragten für den Haushalt (BfH) zu richten.
- 1.4. Entscheidungen nach §§ 37, 61 und 62 LHO sind in Textform aktenkundig zu erlassen und zu begründen.

### **2. Besondere Zuständigkeiten**

- 2.1. Der bzw. dem BfH sind über die jeweils zuständige nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person<sup>4</sup> und Z 4 bzw. bei Zuwendungsangelegenheiten über die jeweils zuständige nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person und Z 1 (Beteiligungen, Zentrale Zuwendungsaufgaben, Verwaltungsservice) alle Fälle vorzulegen, die
  - a) der Einwilligung der Finanzbehörde bedürfen,
  - b) von grundsätzlicher Bedeutung sind, d.h. wenn die Entscheidung über den Einzelfall hinaus präjudizierende Wirkung haben kann.

<sup>1</sup> Fundstelle aller Verwaltungsvorschriften zur LHO: <https://www.hamburg.de/fb/vv-zur-lho/>

<sup>2</sup> Fundstelle: <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psml?showdoccase=1&doc.id=jlr-GebGHA1986rahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>

<sup>3</sup> Diese Dienstvorschrift trifft Regelungen zum Verwaltungsverfahren auf der Grundlage der LHO und ihren zugehörigen Verwaltungsvorschriften. Für die buchungstechnische Abwicklung in den elektronischen Programmen und Fachverfahren gelten die VV Bilanzierung und diese DV auch dann, wenn eine abweichende Programmierung andere Befugnisse einräumt. Entscheidungen sind nur insoweit zulässig, wie sie mit den Vorgaben dieser DV in Einklang stehen. In der buchungsbegründenden Unterlage ist festzuhalten, von wem und auf welcher Rechtsgrundlage die Entscheidung im Sinne der DV getroffen wurde. Fundstelle der VV Bilanzierung: [https://www.hamburg.de/contentblob/13757106/7ddbc1bebaa5ee35672e5e2e5aba1b5f/data/vv-zu-%C2%A7-4-absatz-1-saetze-1-und-2-satz-3-nummern-3-und-4-satz-4-sowie-absatz-2-%C2%A7-77-absaetze-1-und-4-so-wie-%C2%A7-79-absaetze-1-bis-3-lho-artikel-40-%C2%A7-5-absaetze-3-bis-6-snh-gesetz-vv-bilanzierung\)-%E2%80%93ab-haushaltsjahr-2020.pdf](https://www.hamburg.de/contentblob/13757106/7ddbc1bebaa5ee35672e5e2e5aba1b5f/data/vv-zu-%C2%A7-4-absatz-1-saetze-1-und-2-satz-3-nummern-3-und-4-satz-4-sowie-absatz-2-%C2%A7-77-absaetze-1-und-4-so-wie-%C2%A7-79-absaetze-1-bis-3-lho-artikel-40-%C2%A7-5-absaetze-3-bis-6-snh-gesetz-vv-bilanzierung)-%E2%80%93ab-haushaltsjahr-2020.pdf)

<sup>4</sup> § 9 Abs. 2 LHO: „Die Behördenleitung bestellt, soweit sie die Aufgaben nicht selbst wahrnimmt, jeweils eine verantwortliche Person für die Erfüllung der in den Produktgruppen zusammengefassten Leistungen sowie für die Erfüllung der Investitions- und Darlehenszwecke der Aufgabenbereiche. Dieser obliegt die Fach- und Ressourcenverantwortung.“ Die Übersicht der in der Sozialbehörde befugten Personen findet sich hier: <https://fhhpportal.ondatoport.de/websites/1004/0003/Seiten/Startseite.aspx>

- 2.2. Bei Ansprüchen aus dem Beschäftigungsverhältnis<sup>5</sup> obliegt dem Referat Personalverwaltung die Verfahrensabwicklung. Die Zuständigkeiten ergeben sich analog zu Ziff. 1.2 dieser DV aus der Anlage 2.
- 2.3. Regelungen und Wertgrenzen des sozialen Entschädigungsrechts (SER) bleiben von dieser DV unberührt, sofern sie überwiegend dem Geltungsbereich bundesrechtlicher Vorschriften zuzuordnen sind (Nr. 6.1 der VV zu § 62 LHO).
- 2.4. Innerhalb der jeweiligen Zuständigkeit erfolgt eine Delegation von der Ebene der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person auf
- a) die Leitung der Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) bei Gebühren der Gebührenordnung ÖRA
  - b) die zuständige Referentin/ der zuständige Referent im Referat Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik und Steuerung Jobcenter bei Ansprüchen aus Zuwendungsverträgen des Kleinstkreditprogramms
  - c) die Referatsleitung und die jeweils zuständige Sachgebietsleitung im Referat Personalverwaltung für den Fall der Stundung von Ansprüchen aus dem Beschäftigungsverhältnis in Abhängigkeit der Wertgrenzen im Einzelfall.
- Für ihren Verantwortungsbereich kann die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person weitere Delegationen festlegen, sofern geltende Vorschriften nicht entgegenstehen.
- 2.5. Das SOV AGLA berichtet über die Aufsicht führende Stelle an die bzw. den BfH jährlich zum 30.06. rückwirkend für 12 Monate über alle Fälle, die dieser Dienstvorschrift unterfallen. Der Bericht soll in tabellarischer Form mit der Anzahl der jeweiligen Fallkategorien „Stundung“, „Niederschlagung“, „Erlass“, „Verzicht auf Geltendmachung von Ansprüchen“ erstellt werden.
- 2.6. Für die Geltendmachung und Veränderung von Ansprüchen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) gelten ausschließlich die Regelungen des Bundes im Zusammenhang mit der Delegationsverfügung „Übertragung der Befugnis zum Abschluss von Vergleichen nach § 58 Abs. 1 Nr. 2 Bundeshaushaltsordnung (BHO) und zur Veränderung von Ansprüchen des Bundes nach § 59 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung (BHO)“ vom 27.06.2023 (Gz. FS 3112/920.31-1) analog zur Anlage 1 dieser DV mit der Maßgabe, dass für Vergleiche, befristete und unbefristete Niederschlagungen sowie Erlasse mit einem Streitwert von 10.001 Euro bis 15.000 Euro die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person für die Produktgruppe 254.03 „Familienförderung“ die Entscheidung trifft.

### **3. Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen - § 37 LHO**

Nach § 37 LHO sind Forderungen rechtzeitig und vollständig zu begründen (z.B. durch Erlass eines Gebührenbescheides) und einzuziehen. Soll davon abgewichen werden, so gilt folgendes Verfahren:

- 3.1. Ob eine Forderung besteht, entscheidet die sachlich zuständige Stelle (Mittelbewirtschaftungsstelle), in Zweifelsfällen unter Beteiligung der Rechtsabteilung. Dies gilt auch für die Entscheidung über Änderung, Rücknahme, Widerruf und Aufhebung von Verwaltungsakten.
- 3.2. Ein Verzicht auf die Begründung einer bestehenden Forderung ist nur nach Maßgabe der Nr. 4.1.2 der VV zu § 37 LHO zulässig. Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person ist zu beteiligen.

---

<sup>5</sup> Die Zuständigkeit umfasst auch Beschäftigte vom Jobcenter t.a.h. Überwiegend betreffen die entstehenden Ansprüche geringe Überzahlungen, die in KoPers entstehen und die zurückgefordert werden.

#### **4. Änderung von Verträgen; Vergleiche - § 61 LHO**

- 4.1. In allen Fällen von grundsätzlicher Bedeutung ist nach Maßgabe der VV zu § 61 LHO die Einwilligung der Finanzbehörde über die bzw. den BfH einzuholen.
- 4.2. Über den Inhalt und die Auslegung<sup>6</sup> von Verträgen befindet die sachlich zuständige Stelle (Mittelbewirtschaftungsstelle), in Zweifelsfällen unter Beteiligung der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person und der Rechtsabteilung. Die Rechtsabteilung ist insbesondere dann zu beteiligen, wenn sich eine Vertragsanpassung aufgrund einer geänderten Rechtslage nach Maßgabe von § 313 BGB ergibt.
- 4.3. Beträgt bei Vertragsänderung oder Vertragsaufhebung der Nachteil für die Freie und Hansestadt Hamburg
- bis zu 50.000 EUR, ist die gemäß § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person befugt, Entscheidungen zu treffen,
  - über 50.000 EUR, ist nach Maßgabe der VV zu § 61 LHO die Einwilligung der Finanzbehörde über die bzw. den BfH einzuholen.
- 4.4. Prozessvertreterinnen bzw. Prozessvertreter der Sozialbehörde, für die nicht weitergehende Sonderregelungen getroffen sind, sind befugt, Entscheidungen zu treffen, wenn der Nachteil für die Freie und Hansestadt Hamburg bei Vertragsänderungen bis zu 3.000 EUR im Einzelfall (bei fortlaufenden Maßnahmen jährlich) beträgt. Wenn der Nachteil der FHH über 3.000 EUR liegt, bedürfen Änderungen von Verträgen der Zustimmung der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person.
- 4.5. Vergleiche können nach Maßgabe der Nr. 2 der VV zu § 61 LHO geschlossen werden. Insbesondere die Prüfung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eines Vergleichs ist sicherzustellen. Darüber hinaus sind die rechtlichen Erwägungen und die Begründung für die zu treffende Entscheidung aktenkundig zu dokumentieren. Die Entscheidung über den Abschluss eines Vergleichs trifft die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person, es sei denn es greifen die nachfolgenden Befugnisse aus Ziff. 4.6 oder 4.7.
- 4.6. Prozessvertreterinnen bzw. Prozessvertreter der Sozialbehörde, für die nicht weitergehende Sonderregelungen getroffen sind, sind befugt, Entscheidungen zu treffen, wenn der Nachteil für die Freie und Hansestadt Hamburg bei Vergleichsabschlüssen bis zu 3.000 EUR im Einzelfall beträgt. Wenn der Nachteil der FHH über 3.000 EUR liegt, bedürfen Vergleichsabschlüsse der Zustimmung der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person.
- 4.7. Für die Rechtsabteilung Z 5 sowie Entscheidungen im Bereich des SER werden folgende weitergehende Sonderregelungen getroffen:
- Prozessvertreterinnen bzw. Prozessvertreter dieser Bereiche sind befugt, Entscheidungen zu treffen, wenn der Nachteil für die Freie und Hansestadt Hamburg im Einzelfall bei Vergleichsabschlüssen bis zu 25.000 EUR beträgt.
  - Über solche Entscheidungen, bei denen der Nachteil für die Freie und Hansestadt Hamburg im Einzelfall mehr als 5.000 EUR beträgt, ist die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person nachträglich zu unterrichten.
  - Für Entscheidungen über Vergleichsabschlüsse bis zu 50.000 EUR erfolgt eine Delegation von der Ebene der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person auf die Abteilungsleitung der Rechtsabteilung und die Leitung des Rechtsreferates im Versorgungsamt.

#### **5. Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen - § 62 LHO**

Die Stundung, die Niederschlagung und der Erlass von Ansprüchen sind nur nach Maßgabe der VV zu § 62 LHO zulässig. Demnach kann ein Erlass oder eine Stundung nur im Falle einer besonderen Härte zugelassen werden.

---

<sup>6</sup> Die Auslegung von Verträgen wird nicht von den Regelungen der VV zu § 61 LHO umfasst.

Die Entscheidung über die Stundung, eine befristete oder unbefristet Niederschlagung, einen Erlass sowie über die Freigabe von Sicherheiten trifft die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person; sie können ihre Befugnisse übertragen.

Eine Übertragung der Befugnisse ist nicht zulässig

- in Fällen, die der Einwilligung der Finanzbehörde bedürfen,
- bei Erlass von Forderungen über 5.000 EUR.

Es bedürfen der Einwilligung der Finanzbehörde

- die Stundung oder der Erlass von Forderungen über 50.000 EUR,
- die Entscheidung für bestimmte Fallarten von der Erhebung von Stundungszinsen allgemein abzusehen,
- alle Fälle von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Einwilligung ist über die bzw. den BfH einzuholen.

## **6. Schlussbestimmungen**

Diese Dienstvorschrift tritt am 01.12.2024 in Kraft und ersetzt die DV 043.70-1 der BAGSFI inklusive der Anlage zur DV vom 01.08.2021.

Dörte Liebrecht

**Wertgrenzenregelung für den Verzicht bzw. die Veränderung von Ansprüchen (ohne Ansprüche aus Beschäftigungsverhältnissen)**

Alle Vorlagen für die bzw. den Beauftragten für den Haushalt (BfH) sind über die jeweils zuständige nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person und Z 4 (Haushalt und Betriebswirtschaft), bzw. bei Zuwendungsangelegenheiten anstatt Z 4 über Z 1 (Unternehmensbeteiligungen und Verwendungsnachweisprüfungen) zu leiten. Die Wertgrenzen beziehen sich jeweils auf den Einzelfall.

	Entscheidung durch	Einwilligung von
<b><u>Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen<sup>7</sup></u></b>		
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	
über 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	BfH
<b><u>Stundung</u></b>		
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	-
über 50.000 EUR	BfH	Finanzbehörde
<b><u>Niederschlagung (befristet oder unbefristet)</u></b>		
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	-
über 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	BfH <sup>8</sup>
<b><u>Erlass</u></b>		
bis 5.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	-
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person (Keine Delegationsbefugnis gemäß Nr. 2.4 dieser DV <sup>9</sup> )	-
über 50.000 EUR	BfH	Finanzbehörde

<sup>7</sup> Siehe Nr. 4.1.2 der VV zu § 37 LHO. (<https://www.hamburg.de/contentblob/4657042/b1f2cce1c5879f5f312929fcfd959c9/data/vv-zu-%C2%A7-37-lho-bewirtschaftungsgrundsaeetze.pdf>).

<sup>8</sup> Bei Fällen von grundsätzlicher Bedeutung hat die bzw. der BfH die Einwilligung der Finanzbehörde einzuholen (siehe Nr. 5.2 der VV zu § 62 LHO). (<https://www.hamburg.de/contentblob/4509212/e010a37a1c19142593d1a0b22b4aae42/data/vv-zu-%C2%A7-62-lho-%E2%80%93-veraenderung-von-forderungen.pdf>).

<sup>9</sup> Siehe Nr. 5.1 der VV zu § 62 LHO. (<https://www.hamburg.de/contentblob/4509212/e010a37a1c19142593d1a0b22b4aae42/data/vv-zu-%C2%A7-62-lho-%E2%80%93-veraenderung-von-forderungen.pdf>).

**Besondere Wertgrenzenregelung für den Verzicht bzw. die Veränderung von Ansprüchen aus Beschäftigungsverhältnissen**

Alle Vorlagen für die bzw. den Beauftragten für den Haushalt (BfH) sind über Z 4 (Haushalt und Betriebswirtschaft) zu leiten. Die Beteiligung der nach § 9 Abs. 2 LHO bestellten Person in diesen Fällen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle. Die Wertgrenzen beziehen sich jeweils auf den Einzelfall.

	Entscheidung durch	Einwilligung von
<b><u>Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen<sup>10</sup></u></b>		
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	
über 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	BfH
<b><u>Stundung</u></b>		
bis 10.000 EUR	Die zuständige Sachgebietsleitung Z 331 bzw. Z 332 im Referat Personalverwaltung	
bis 50.000 EUR	Die Referatsleitung Personalverwaltung Z 33	-
über 50.000 EUR	BfH	Finanzbehörde
<b><u>Niederschlagung (befristet oder unbefristet)</u></b>		
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	-
über 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	BfH <sup>11</sup>
<b><u>Erläss</u></b>		
bis 5.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person	-
bis 50.000 EUR	Die nach § 9 Abs. 2 LHO bestellte Person (Keine Delegationsbefugnis gemäß Nr. 2.4 dieser DV <sup>12</sup> )	-
über 50.000 EUR	BfH	Finanzbehörde

<sup>10</sup> Siehe Nr. 4.1.2 der VV zu § 37 LHO. ( <https://www.hamburg.de/contentblob/4657042/b1f2cce1c5879f5f312929fcfd959c9/data/vv-zu-%C2%A7-37-lho-bewirtschaftungsgrundsaeetze.pdf> ).

<sup>11</sup> Bei Fällen von grundsätzlicher Bedeutung hat die bzw. der BfH die Einwilligung der Finanzbehörde einzuholen (siehe Nr. 5.2 der VV zu § 62 LHO).  
(<https://www.hamburg.de/contentblob/4509212/e010a37a1c19142593d1a0b22b4aae42/data/vv-zu-%C2%A7-62-lho-%E2%80%93-veraenderung-von-forderungen.pdf> )

<sup>12</sup> Siehe Nr. 5.1 der VV zu § 62 LHO. (<https://www.hamburg.de/contentblob/4509212/e010a37a1c19142593d1a0b22b4aae42/data/vv-zu-%C2%A7-62-lho-%E2%80%93-veraenderung-von-forderungen.pdf> )